Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 36 (1957)
Heft: 12

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

tätssteigerungen überschritten» hätten. Gerade weil der Grund und Boden ein Monopolgut ist, wohnt dem Grundbesitz die Tendenz inne, sofern nicht politische Maßnahmen diese Tendenz unterbinden, den Bodenwert kontinuierlich und dauernd zu steigern, ohne daß durch diese Steigerung des Bodenwertes eine direkte Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität erzielt würde. Die Grundrente ist im Gegenteil, wie schon Ricardo nachgewiesen hat, ein Abzug, den der Bodenbesitzer von dem Gewinn des produktiv tätigen Unternehmers dank seinem Monopolrecht erzwingen kann.

Eine *der wesentlichsten Ursachen der weltweiten Tendenz zur schleichenden Inflation dürfte im heute geltenden Bodenrecht zu suchen sein.* Es wäre eine wichtige und zentrale Aufgabe der sozialdemokratischen Politik, dieses Problem nach der volkswirtschaftlichen, juristischen und politischen Seite in aller Breite und Gründlichkeit aufzurollen, wenn die Demokratie wirksam in der Lage sein soll, das Problem der schleichenden Inflation zu meistern. Denn der *Bodenwert ist und bleibt grundsätzlich nichts anderes als kapitalisierte Grundrente.* Je tiefer der Zinsfuß ist, desto höher steigen die Bodenpreise. Aber wenn der Zinsfuß steigt, fallen die Bodenpreise nicht in sich zusammen. Dadurch entsteht in einer dynamischen Wirtschaft die grundsätzliche Tendenz, Preise eher zu erhöhen als zu senken, das heißt eine nachhaltig wirkende Tendenz zur schleichenden Inflation.

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Das seit vielen Jahren auf der Traktandenliste der schweizerischen Innenpolitik stehende Thema der *Bundesfinanzreform* bildete auch den Hauptgegenstand der diesjährigen Dezembersession der eidgenössischen Räte. Von einer Reform der Bundesfinanzen ist allerdings schon längst nicht mehr die Rede. Was aus dem Feilschen um Tarife und Zahlen zwischen den Parteien und Verbänden hervorgegangen ist, ermangelt jeder grundsätzlichen und großzügigen Linie und ist ein Kompromiß geworden, für den sich einzusetzen niemand mehr recht Lust, geschweige denn Begeisterung zeigt. Im Augenblick, da wir diesen Bericht in Druck zu geben haben, ist noch nicht gewiß, wie das Differenzbereinigungsverfahren zwischen National- und Ständerat ausgeht. Aber wie immer auch das Resultat aussehen mag, so ist man in bezug auf das künftige Schicksal der Finanzvorlage versucht zu sagen, daß dieses «totgeborene Kind im Sande verläuft». Wer soll ihm denn

noch zur fröhlichen Geburt verhelfen? Die bürgerlichen Parteien, die nach dem Rücktritt von Bundesrat Max Weber großartig verkündet hatten, jetzt werde eben eine bürgerliche Finanzpolitik eingeschlagen, sind unter sich selber vollkommen gespalten, und die Sozialdemokraten besitzen keine Neigung, einem Geschöpf Taufpate zu stehen, das ein kläglicher Wechselbalg geworden ist. Es ist, wir stehen nicht an, diese Feststellung zu machen, ein Armutszeugnis für die Demokratie, daß sie nicht imstande ist, eine dauerhaftere Finanzordnung zu schaffen, sondern sich immer wieder mit Provisorien behelfen muß. Die Hauptursache dieses Versagens liegt zweifellos in der mangelnden Einsicht und fehlenden eidgenössischen Gesinnung schweizerischer Finanzkreise. Wie man am vorteilhaftesten dem Bund die Mittel für seine Aufgaben vorenthalten kann, das ist die Hauptsorge dieser Leute. Deshalb schrecken sie selbst nicht vor den unflätigsten Diffamierungen ihres Finanzministers zurück. Wenn es um die Unantastbarkeit der großen Geldsäcke geht, erscheint diesen Patrioten sogar ein Bundesrat Streuli als ein sozialistischer Gottseibeiuns. Aber auch die Freisinnige Partei selbst hat in der Diskussion um die neue Finanzordnung jede klare Linie vollständig verloren; für eine Partei, die noch immer einen schweizerischen Führungsanspruch erhebt, ein klägliches Zeugnis. Steuerabbau und Kürzung der andern Bundeseinnahmen ist ihrer politischen Weisheit letzter Schluß. Wie aber der Bund mit dem gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag des Bundesrates um viele Millionen gekürzten Finanzprogramm künftig auskommen soll, darüber schweigt man sich aus. Dabei weiß man heute schon, daß die kommenden außerordentlichen Aufwendungen für die Anschaffung von Panzern und Flugzeugen weit in die Milliarde gehen, daß der Ausbau des schweizerischen Straßennetzes ebenfalls viele Hunderte von Millionen verschlingen wird und daß der soziale Wohnungsbau und die Organisierung der Atomwirtschaft ebenfalls große Bundesmittel erheischen. Es ist unter diesen Umständen deshalb ein geradezu verantwortungsloses Gebaren der Leute um die rechtsfreisinnige Finanzpresse und des «Trumpf Buur», dem Volke vorzutäuschen, man könne im Bund mit wesentlich geringeren Mitteln als bisher auskommen. Das Bedenkliche an dieser Einstellung ist, daß es die gleichen Sparapostel sind, denen auf der andern Seite das Militärbudget nicht hoch genug sein kann, weil sie an den Rüstungsaufträgen des Bundes weidlich verdienen.

Ist es in diesem Augenblick noch ungewiß, ob aus den Dezemberberatungen der eidgenössischen Räte eine abstimmungsreife Finanzvorlage hervorgeht oder ob nochmals mit einer neuen «Übergangslösung» gerechnet werden muß, so werden die schweizerischen Stimmbürger bald nach Beginn des neuen Jahres zu einem neuen Urnengang anzutreten haben. Diesmal gilt es der vom Landesring und weiteren Kreisen gestarteten *Kartellinitiative.* Innerhalb der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz ist man über die

Wünschbarkeit dieser Initiative geteilter Meinung. Es gibt Gegner und Befürworter. Die erstern teilen die Befürchtungen der Gewerkschaften, daß das in der Initiative enthaltene Verbot von Kartellen zu weit gehe. Kartelle hätten auch ihre positiven Seiten, und ein allgemeines Verbot gefährde die soziale und wirtschaftliche Sicherheit vor allem der schutzbedürftigen kleinen und mittleren gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebe und ihrer Arbeiter. Nötig sei, die Schäden der Kartelle zu verhindern, nicht aber sie grundsätzlich zu verbieten. Die sozialdemokratischen Befürworter der Initiative verstehen durchaus diese Bedenken. Auch ihnen erscheint die Initiative in verschiedenen Punkten unklar und zweideutig. Wenn sie sie dennoch unterstützen, so aus der Überlegung heraus, daß bis jetzt alle Bemühungen, eine Kartellgesetzgebung zu schaffen, die den Mißbräuchen Einhalt gebietet, am Widerstand des Bundesrates und seiner Parteien gescheitert sind. Im Laufe der letzten dreißig Jahre hat die SPS unaufhörlich gegen die volkswirtschaftlich oder sozial schädlichen Auswirkungen der Kartelle und Trusts gekämpft. In zahlreichen Vorstößen haben die sozialdemokratischen Vertreter in der Bundesversammlung Kontrollmaßnahmen seitens des Bundes zum Schutze der Konsumenten, Arbeiter und Angestellten gegen die hohen Monopolpreise und anderen Kartellvereinbarungen beantragt. Der Bundesrat und seine bürgerliche Mehrheit haben nichts nach dieser Richtung unternommen und es auch abgelehnt, auf Grund der neuen Wirtschaftsartikel ein Gesetz zur Kontrolle der Kartelle und Trusts auszuarbeiten. Es schadet deshalb nichts, wenn jetzt durch eine Initiative in dieser Sache dem Bundesrat etwas Dampf aufgesetzt wird, und Versprechungen über eine baldige Kartellgesetzgebung, die nun im Hinblick auf die bevorstehende Abstimmung laut werden, erhalten einen realeren Wert, wenn die Initiative im Volk einen stärkeren Widerhall findet. Angesichts dieser verschiedenen Beurteilung im sozialdemokratischen Lager war es gegeben, daß der Parteivorstand beschloß, die Stimme freizugeben. Den Kantonalparteien steht es frei, zur Initiative die Ja- oder die Neinparole zu beschließen; sie sollen sich jedoch nicht an Aktionskomitees beteiligen, sondern ihre Aufklärungskampagne selbständig und mit eigenen Argumenten führen. *P. S.*

Außenpolitik

Über den Verlauf der Konferenz der kommunistischen Parteien in Moskau, die anläßlich der Feierlichkeiten des 40. Jahrestages der Russischen Revolution stattfand, sind jetzt Einzelheiten bekannt geworden.

Auf seiten der Russen hat nicht Chruschtschow die Hauptrolle gespielt, sondern der Sekretär der Partei, Suslow, der schon in der Kominform eine wichtige Rolle als Handlanger von Stalin und Schdanow übernommen hatte. Er ist der Mann, der im Jahre 1948 die Resolution gegen Tito und die

jugoslawischen Kommunisten begründet hatte, der Mann, der vor einigen Wochen im Zentralkomitee der Partei die Anklagerede gegen Schukow hielt. Er ist bekannt als ein echter und fanatischer Stalinist.

Der Text der von der Konferenz vereinbarten Resolution enthält eine langwierige Wiederholung der alten kommunistischen Dogmen. Wohl sind die Beschlüsse des 20. Parteitages der Kommunistischen Partei der Sowjetunion über die verschiedenen Wege, die zum Sozialismus führen und die Möglichkeit einer friedlichen und demokratischen Übernahme der Macht erwähnt; aber sie gehen in einer Flut von entgegengesetzten Behauptungen unter. Das ganze Dokument ist verfaßt und angenommen worden, um die Einheit der kommunistischen Weltbewegung wiederherzustellen und die führende Rolle der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in dieser Bewegung zu sichern. Um die zentrifugalen nationalistischen Strömungen zu bändigen, sollte ein internationales leitendes Organisationszentrum neu geschaffen werden.

Die Wiederherstellung der Kommunistischen Internationale wäre die logische Schlußfolgerung dieses Dokumentes gewesen. Es ist aber Suslow nicht gelungen, eine internationale Leitung der kommunistischen Bewegung zu schaffen. Neben den bilateralen Konsultationen der verschiedenen Parteien, die der einheitlichen Führung zuwiderlaufen, in der Erklärung jedoch als die Hauptmethode der internationalen Zusammenarbeit anerkannt werden, sind nur gelegentlich, nach Bedarf, internationale Konferenzen vorgesehen zum Austausch von Erfahrungen und zur Koordinierung der Tätigkeit und der Ideologie.

Die Erklärung richtet sich in erster Linie gegen die sogenannten «Revisionisten». Unter dieser Bezeichnung werden die Theorien der jugoslawischen Kommunisten verdammt und als Hauptgefahr für die kommunistische Bewegung gebrandmarkt.

Die Delegation der jugoslawischen Kommunisten hat an der Konferenz nicht teilgenommen und die Erklärung nicht unterzeichnet. Inzwischen hat der Zentralvorstand der Union der Kommunisten Jugoslawiens diese Haltung einmütig gebilligt, und Tito hat mit Vehemenz gegen die Beschuldigungen des «Revisionismus» protestiert.

Es scheint auch, daß Gomulka, der die Erklärung im Namen der Arbeiterpartei Polens unterzeichnete, sich gegen die Schaffung eines neuen organisatorischen Zentrums der kommunistischen Weltbewegung ausgesprochen hat.

Diese Konferenz hat die Risse im Ostblock nicht verkleistern können. Sie hat auch den Beweis dafür erbracht, daß innerhalb der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und des Weltkommunismus der Stalinismus immer noch tiefe Wurzeln besitzt und die bequeme Orthodoxie der hohen Bürokratie bleibt.

Im *Westen* ist die militärische Allianz der Nordatlantikpaktorganisation tief erschüttert worden. Die französische Regierung hatte es abgelehnt, der Regierung Bourgiba in Tunesien Waffen zu liefern, da sie befürchtete, daß diese Waffen zu den algerischen Rebellen hinübergeschmuggelt würden. Ohne vorherige Konsultation mit der französischen Regierung haben die Regierungen Großbritanniens und der USA die gewünschten Waffen an Tunesien geliefert. Die Reaktion in Paris war sehr heftig. Die Solidarität der NATO und das gegenseitige Vertrauen der Westmächte ist schwer erschüttert.

Zu diesen internen Konflikten kam noch der psychologische Schock der großen technischen und wissenschaftlichen Erfolge der Russen mit ihren beiden Sputniks.

Das waren die Beweggründe für die Einberufung der NATO-Konferenz auf höchster Ebene, Paris, 16. Dezember 1957. Durch die plötzliche Erkrankung des Präsidenten der Vereinigten Staaten sowie durch das kläglich mißlungene Experiment mit einem kleineren amerikanischen Erdsatelliten ist die Lage innerhalb der NATO noch schwieriger geworden.

Die *NATO-Konferenz* soll das gegenseitige Vertrauen wiederherstellen, eine bessere Zusammenarbeit auf politischem, wissenschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiet sichern und die Frage der Bewaffnung der Streitkräfte der NATO in Europa mit H-Waffen und ferngelenkten Raketen klären, besonders die in Deutschland stark umstrittene Frage der Rampen für Ferngeschosse gegen den Osten.

Die militärische Wichtigkeit dieser Konferenz ist außerordentlich groß. Im Augenblick, da die Abrüstungskommission der Vereinten Nationen in eine Sackgasse geraten ist und durch den Boykott der Russen arbeitsunfähig gemacht wurde, bedeutet die Ausrüstung der Armeen Westeuropas mit Atombomben und die Bereitstellung von Abschußrampen für ferngelenkte Raketen in Westdeutschland einen entscheidenden Schritt zu einem neuen gewaltigen Wettrüsten zwischen Ost und West und zu neuen gefährlichen Spannungen.

Die Pariser Konferenz der NATO wurde von der russischen Regierung benützt, um *eine neue große Friedensoffensive* zu unternehmen. Durch Briefe, die Bulganin an alle Regierungen richtete, unterstützt sie den Vorschlag der polnischen Regierung auf Schaffung einer atombombenfreien Zone in Zentraleuropa. West- und Ostdeutschland, Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn sollten diese neutralisierte Zone bilden. Bulganin schlägt eine neue internationale Konferenz auf höchster Ebene vor, um diese Vorschläge zu prüfen und eine Entspannung der internationalen Lage zu erwirken.

Es wäre falsch, diese neue Friedensoffensive der russischen Regierung als bloße Propaganda abzutun. Natürlich liegt in dem Vorstoß ein schönes Stück Propaganda; die Russen versuchen, die innere Erschütterung der

NATO noch zu vertiefen und gewisse Staaten einzuschüchtern. Sie rechnen damit, daß diese leicht ersichtlichen Ziele ihrer jetzigen Friedensoffensive die Westmächte zu einer Ablehnung ihrer Vorschläge veranlassen werden.

Warum sollte man nicht einmal diese grobe Propagandaberechnung durchkreuzen, den politischen Kern der russischen Vorschläge ernsthaft prüfen und auf höchster Ebene mit den Russen diskutieren?

Die Neutralisierung und Entmilitarisierung der Deutschen Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik oder, besser gesagt, ihre Unabhängigkeit gegenüber den beiden militärischen Weltkoalitionen ist die einzige realistische Möglichkeit, die Wiedervereinigung Deutschlands und eine wesentliche Entspannung in den Beziehungen zwischen Ost und West zu erreichen. Wir haben als Schweizer kein Interesse an einer militärischen Auseinandersetzung mit H-Bomben zwischen Ost und West in Zentraleuropa, wie sie die Rampen für ferngelenkte Raketen bestimmt mit sich bringen würde.

Die ungarischen Ereignisse des letzten Jahres haben sicher dazu beigetragen, daß man den Friedensvorschlägen der Sowjetregierung nicht mehr traut. Das bedeutet jedoch nur, daß Vorsicht und strenge Kontrolle mehr als je notwendig sind. Verhandlungen sind aber immer noch notwendig, wenn man den Vernichtungsatomkrieg vermeiden und eine allgemeine kontrollierte Abrüstung herbeiführen will. Die Russen haben ein ebensolches Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens wie der Westen. Jede Chance, den Frieden zu retten, sollte ernsthaft geprüft und ergriffen werden.

In Südostasien hat sich der *Konflikt zwischen der Republik Indonesien und Holland* wegen des Besitzes von West-Neuguinea plötzlich verschärft.

Holland versucht, West-Neuguinea als letzten Rest eines früheren reichen Kolonialgebietes in Südostasien zu behalten. Die Republik Indonesien dagegen betrachtet es als einen Bestandteil ihres Hoheitsgebietes. Die inneren Schwierigkeiten Indonesiens haben dazu geführt, daß die Regierung eine außenpolitische Ablenkung suchte, um das Volk in einer nationalistischen, antikolonialistischen Bewegung um die Regierung zu scharen. Die Weigerung Hollands, West-Neuguinea der Republik Indonesien abzutreten, hat zu einer großen, haßerfüllten Aktion der indonesischen Bevölkerung gegen die zahlreichen Holländer und ihren Besitz in Indonesien geführt. Diese Geschehnisse werden von der starken kommunistischen Bewegung benützt, um ihre eigenen Ziele zu erreichen. Es scheint, daß die Regierung die Lage nicht mehr beherrscht und daß die Entscheidung zwischen der Armee und den kommunistischen Organisationen fallen wird.

Eine erfreuliche Nachricht ist aus *Neuseeland* gekommen. Bei den letzten allgemeinen Wahlen hat die Labour Party, die der Sozialistischen Internationale angeschlossen ist, im Parlament die absolute Mehrheit erobert und die neue Regierung gebildet. *JHD*